

2 Theoretische Ansätze der Migrations- und Integrationsforschung

Dieses Kapitel ist der Darstellung einiger wichtiger Theorien und Modelle gewidmet, die die Migrations- und Integrationsforschung in Deutschland (und zuvor in anderen Ländern) in den vergangenen Jahrzehnten hervorgebracht hat. In der vorliegenden Arbeit geht es vor allem um Personen mit türkischem Migrationshintergrund und weniger um Personen, die aus der Türkei zugewandert sind, sodass man sich zu Recht fragen könnte, warum hier neben Theorien und Modellen der Integration auch Theorien und Modelle der Migration berücksichtigt werden. Allerdings stehen in vielen Modellen Migration und Integration miteinander in Verbindung, etwa in der Form, dass die Motivation zur Migration als Bedingung für die Integration angesehen wird, sodass sich theoretische Ansätze und Modelle nicht klar der Integrations- oder der Migrationsforschung zuordnen lassen oder eine Unterscheidung von Integrations- und Migrationstheorien und -modellen sozusagen künstlich erfolgen oder erzwungen werden müsste.

Das bedeutet aber nicht, dass es keine Theorien gibt, die sich nicht mehr oder weniger klar dem einen oder anderen zuordnen lassen. Dies gilt beispielsweise für die Migrationsmodelle von Sune Åkerman (1978) und von Everett S. Lee (1966), der versuchte, Migrationsbewegungen durch sogenannte push- und pull-Faktoren zu erklären, die von bestimmten Räumen ausgehen, oder auch von Samuel A. Stouffer (1960), Brian Du Toit (1975) und – im deutschsprachigen Raum – Monika Vanberg (1972) sowie für das Integrationsmodell von Shmuel N. Eisenstadt (1952). In der vorliegenden Arbeit ist aber kein Raum für die Berücksichtigung der Vielzahl existierender Theorien und Modelle der Migration und Integration, und für viele von ihnen ist auch nicht erkennbar, inwiefern sie für das hier gewählte Thema relevant oder ebenso relevant wie bestimmte andere Theorien und Modelle sind. Dies gilt vor allem für ältere Modelle als die erwähnten, weil neuere Theorien häufig ein darüber hinausgehendes Gedankengut beinhalten oder verarbeiten, das sich in älteren Theorien niederschlagen hat.

Die Auswahl von Theorien und Modellen, die in dieser Arbeit getroffen wurde und in diesem Kapitel vorgestellt wird, erfolgte anhand der Fragen, ob sie im und für den deutschsprachigen Raum entwickelt wurden, ob es sich um (vergleichsweise) neuere Theorien oder Modelle handelt und ob sie Aufschlüsse über den gegebenenfalls mehrere Generationen umfassenden Prozess der Integration

geben. Ausgewählt wurden aufgrund dieser Kriterien die Eingliederungstheorie von Hartmut Esser, die im Kapitel 2.3 dargestellt wird, das Integrationsmodell von Friedrich Heckmann, dem Kapitel 2.4 gewidmet ist, und der Multikulturalismus als – wie sich zeigen wird – nur bei oberflächlicher Betrachtung theoretisch offenes Modell des Zusammenlebens verschiedener ethnischer oder kultureller Gruppen, was im Kapitel 2.5 thematisiert wird. Darüber hinaus wird das strukturelle Migrationsmodell von Hoffmann-Nowotny vorgestellt, das bereits in der Einleitung kurz angesprochen wurde und nach aktuellem Erkenntnisstand das früheste und für lange Zeit einflussreichste Migrationsmodell im deutschsprachigen Raum gewesen ist. Seine Betrachtung gibt einige Aufschlüsse über die Auffassung von Integration, die der frühen deutschsprachigen Migrations- und Integrationsforschung zugrunde lag, weswegen es vor den anderen genannten Theorien und Modellen im Kapitel 2.2 dargestellt wird. Zunächst wird jedoch im Abschnitt 2.1 ein kurzer Überblick über die Wurzeln der Migrations- und Integrationsforschung und deren historische Entwicklung gegeben, damit die folgenden Kapitel in einen Gesamtzusammenhang eingeordnet werden können.

Die Begriffe „Theorie“ und „Modell“ werden hier eher dem in der Literatur gewöhnlich gepflegten Sprachgebrauch folgend, der den Unterschied zwischen beiden als fließend betrachtet (vgl. Marthy 1973: 67), verwendet. Føllesdal, Walløe und Elster (1988: 67) schlagen eine Definition von „Theorie“ als „eine Gesamtheit von Annahmen, deren wechselseitiger Zusammenhang explizit angegeben wird, [vor]. Das Charakteristische an einer Theorie ist daher darin zu sehen, dass sie klarlegt, wie die unterschiedlichen in sie einfließenden Annahmen voneinander abhängen“. Als „Modell“ kann dann eine graphische Formalisierung dieser Zusammenhänge bezeichnet werden oder eine Darstellung, die die in einer Theorie als relevant gesetzten Größen zusammenstellt, ohne dass die Zusammenhänge zwischen diesen Größen schon alle explizit ausformuliert sind.

2.1 Historische Entwicklung der Migrations- und Integrationsforschung

Die Präsenz ethnischer Minderheiten in Deutschland ist so alt wie Deutschland selbst. So berichtet Heckmann (1992: 163):

„Bei der Gründung des modernen deutschen Nationalstaats im Jahre 1870/71 gehörten Dänen und Polen zu den ethnischen Minderheiten des neuen Staatsgebiets. (...) Die dänische Bevölkerung wurde Ziel einer staatlichen Eindeutschungs- und Assimilierungspolitik, die mit vielerlei Zwangsmitteln arbeitete und dänische Sprache und Kultur in der Öffentlichkeit und im Bildungswesen unterdrückte. (...) Mit aktivem und passivem Widerstand, aber auch durch Abwanderung widersetzten sich viele Angehörige der dänischen Gruppe dieser Politik. Das Beispiel der Dänen im Deutschen Reich kann für den Fall einer Politik der Zwangsassimilierung gegenüber nationalen Minderheiten stehen. Eine durch Arbeitsmigration entstandene Minder-

heitenproblematik entwickelte sich vor dem 1. Weltkrieg mit der Wanderung von Polen ins Ruhrgebiet. Der preußische Staat führte auch gegenüber den Polen – im Osten [den damaligen Ostmarken] wie im Westen [dem Ruhrgebiet] – eine Germanisierungspolitik durch; im Schulwesen wurde das besonders deutlich. Die Polen im Ruhrgebiet 'antworteten' mit ethnischer Mobilisierung, (...)“, die jedoch „mit der gewaltsamen Zerschlagung aller polnischen Organisationen im Jahre 1939 (...)“ (Heckmann 1992: 164) endete.

Hoerder (2010: 97) unterteilt die „Aus- und Einwanderungen sowie die Vertreibungen im nationalsozialistischen Deutschland in vier Kategorien:

„(1) Flucht von Menschen jüdischen Glaubens, politischen Gegnern, Sinti und Roma, Homosexuellen und anderen; (2) Anwerbung von Fremdarbeitern für die expandierende Rüstungsindustrie und nach 1939 Deportation von Millionen Menschen aus den besetzten Gebieten in Arbeitslager (...); (3) Deportation von Juden und 'lebensunwerten' Menschen in Vernichtungslager; (4) 'Umsiedlungsprogramme' als Deportationen von Menschen slawischer Kultur ostwärts, um Raum für 'germanische' Siedler aus weiter westlich gelegenen Wohngebieten zu schaffen. Hinzu kommen (5) kriegsbedingte Flüchtlingsströme aus zig Millionen vor den Armeen“.

Diese Zitate mögen ausreichen, um zu illustrieren, dass man – pointiert, aber nicht unangemessen – sagen kann, dass der Umgang Deutschlands mit nationalen und ethnischen Minderheiten beziehungsweise Zuwanderern oder Flüchtlingen für lange Zeit gekennzeichnet war von entweder (Zwangs-)Assimilierung oder Segregierung, wobei „Assimilation“

„(...) die 'vollständige' Übernahme der Kultur der Mehrheitsgruppe durch die bisherige ethnische Minderheit [bezeichnet]. Diese Übernahme schließt die Aufgabe der ethnischen Minderheiten ein und bedeutet das Verschwinden zuvor existierender ethnischer Identitäten und Grenzziehungen“ (Heckmann & Tomei 2003: 7-8; vgl. hierzu auch Heckmann 1992: 165).

Die „Assimilierung“ bezeichnet dann einen Prozess der Herbeiführung von Assimilation, während die „Segregierung“ den Gegensatz zur Assimilierung bezeichnet, nämlich einen Prozess der Ausgrenzung ethnischer Minderheiten beziehungsweise der Herbeiführung oder Beibehaltung der Trennung der Kulturen und Lebensbereiche von deren Angehörigen, also der Herbeiführung von Segregation.

Allerdings werden Prozesse und Ausgänge in der Literatur begrifflich häufig nicht klar auseinandergehalten. Es gibt zwar Versuche einzelner Autoren, jeweils eigenständige Termini dafür zu benutzen, und sie werden auch teilweise rezipiert, aber eben nur teilweise, sodass von einem einheitlichen Begriffsverständnis und -gebrauch mit Bezug auf die Prozesse und Ausgänge von kulturellen Kontakten bislang keine Rede sein kann. Zudem wird begrifflich nicht systematisch danach unterschieden, von wem die jeweiligen Prozesse ausgehen oder die jeweiligen Ausgänge gewünscht oder herbeigeführt werden – von der Mehrheitsgruppe oder der Minderheitengruppe (oder beiden).

Beispielsweise wurde es in einem Teil der Fachliteratur hinsichtlich der Segregierung teilweise üblich, immer dann, wenn diese von Angehörigen einer

ethnischen Minderheit willentlich herbeigeführt wird, nicht von Segregierung oder Segregation, sondern von Separation zu sprechen (Krauss 1997: 21). So definiert Zick „Separation“ als

„(...) die Einstellung und/oder Präferenz von Neuankömmlingen, dass eine Aneignung der neuen Umwelt am besten durch den Rückzug von der dominanten Mehrheitskultur der Einheimischen erfolgen kann oder sollte, je nachdem, ob die Orientierung sich auf den ablaufenden Prozess richtet oder auf die Präferenz für die optimale Aneignung der Umwelt“ (Zick 2010: 54)

Damit verortet er Separation als etwas, was auf Seiten der Minderheitenangehörigen angesiedelt ist und nicht auf der Seite der Mehrheitsgruppe.⁸ Aber er bemerkt weiter:

„Aus Sicht der Einheimischen kann (...) die Separation ebenfalls als Strategie des Rückzuges von den Neuankömmlingen oder als Einstellung dazu, wie Neuankömmlinge sich verhalten sollten, um in der Kultur zurechtzukommen, aufgefasst werden. Die Separation kann aber auch als Akkulturationsstrategie von Einheimischen verstanden werden, das heißt als einstellungsbezogene Reaktion auf Adaptionsversuche durch Neuankömmlinge in einer Kultur, (...)“ (Zick 2010: 54-55).

Der Begriff „Separation“ wird also nicht immer auf Einstellungen oder Präferenzen der Minderheitenangehörigen bezogen, sodass die Rede von „Separation“ unklar bleibt, wenn der Begriff nicht näher spezifiziert wird.

Zick zeigt nicht nur, dass es keinen zwischen verschiedenen Autoren übereinstimmenden Begriffsgebrauch gibt, der die Diskussion um Integration erleichtern würde, sondern illustriert ebenfalls – dies jedoch sicherlich unabsichtlich –, wie schwierig es für einen einzigen Autor ist, begriffliche Klarheit für sich selbst zu schaffen. Die Formulierung, die Zick im oben angegebenen Zitat wählt, nämlich, „dass eine Aneignung der neuen Umwelt am besten durch den Rückzug von der dominanten Mehrheitskultur der Einheimischen erfolgen kann oder sollte“, legt die Vermutung nahe, dass er einen rationalistischen Bias hat, insofern als sie den Eindruck erweckt, dass Minderheitenangehörige ein bewusstes Kalkül darüber anstellen, welche der prinzipiell möglichen verschiedenen Arten der Aneignung der (neuen) Umwelt in der jeweiligen Situation, in der sie sich befinden, die optimal sei. Ob sie dies tatsächlich tun oder nicht, wurde bislang nicht erforscht. Aber selbst dann, wenn man davon ausgehen möchte, dass die Minderheitenangehörigen ein solches bewusstes Kalkül mit Bezug auf den besten Weg der Aneignung der (neuen) Umwelt anstellen, bleibt die Frage zu beantworten,

8 Diese Definition von „Separation“ entspricht derjenigen, die Zick und seine Koautoren Küpper und Hövermann an anderer Stelle geben. Sie schreiben: „Je nach Akkulturationsorientierung der Zuwanderer/innen – *ihrem Wunsch, die eigene Kultur zu bewahren oder abzulegen, an der Kultur des Aufnahmelandes teilzunehmen oder sich von ihr zu distanzieren* – verläuft Akkulturation in Form der Integration oder Assimilation, Separation oder Marginalisierung“ (Zick, Küpper & Hövermann 2010: 121; Hervorhebung durch den Autor).

wie sie entscheiden können, was für sie eine „optimale“ Aneignung der Umwelt wäre und was nicht. Im Rahmen einer subjektiven Entscheidung über den besten Weg, sich die Umwelt „optimal“ anzueignen, müssen nicht nur die verfügbaren Alternativen – hier die verschiedenen möglichen Wege der Umweltaneignung – zusammengetragen und ihre Vor- und Nachteile gegeneinander abgewogen werden, sondern es muss, bevor ein solches Kalkül überhaupt angestellt werden kann, bereits eine Vorstellung darüber bestehen, was der Ausgang des Prozesses der Umweltaneignung sein soll, denn nur angesichts eines erwünschten Ausgangs desselben (und angesichts der konkreten Handlungsbedingungen, die der Handelnde vorfindet) kann ein bestimmter Weg der Umweltaneignung als „optimal“ bezeichnet werden. Dies bedeutet aber, dass die Separation schon als Vorstellung über einen erwünschten Endzustand gegeben sein muss, damit Separation als „optimaler“ Weg zur „Aneignung der neuen Umwelt“, die eben „am besten durch den Rückzug von der dominanten Mehrheitskultur der Einheimischen erfolgen kann oder sollte“, erscheinen kann, also eine positive Einstellung gegenüber der oder eine Präferenz für die Separation als Weg der Umweltaneignung entstehen kann. Bei Zick bleibt also ungeklärt, ob die von ihm als „Separation“ bezeichnete Einstellung oder Präferenz eine Einstellung zu einem oder eine Präferenz für einen bestimmten Weg der Umweltaneignung oder eine Einstellung zu einem oder eine Präferenz für einen bestimmten Ausgang des Prozesses der Umweltaneignung ist. Es bleibt also unklar, wie er den erwünschten oder antizipierten Ausgang bezeichnen möchte, der als Voraussetzung dafür gegeben sein muss, dass Separation als „optimaler“ Weg der Umweltaneignung angesehen werden kann; ihn ebenfalls als Separation zu bezeichnen, ist sicherlich nicht sachdienlich, sondern würde nur neue Verwirrung stiften.

In jedem Fall kann festgehalten werden, dass die Migrationsforschung bis heute damit zu kämpfen hat, dass Begriffe uneinheitlich benutzt und die von den Autoren jeweils verwendeten Termini von ihnen nicht klar definiert werden. Daraus folgt, dass Migrationsforscher zumindest teilweise aneinander vorbei reden und es schwierig wird zu identifizieren, wo tatsächliche inhaltliche Nichtübereinstimmungen oder gar Streitpunkte und wo lediglich Missverständnisse bestehen. Es hat außerdem zur Folge, dass Begriffe aus der Migrationsforschung bei ihrer Überführung in den öffentlichen oder speziell den politischen Diskurs leicht eine spezifische Bedeutung annehmen können, die sich von derjenigen in der Migrationsforschung unterscheidet oder mit einer bestimmten Perspektive in der Migrationsforschung verbunden ist, womit andere Perspektiven der Migrationsforschung in den Hintergrund treten, wenn nicht irrelevant werden.

Umgekehrt ist es vorstellbar, dass die Politik oder die gesellschaftlichen Verhältnisse für die wissenschaftliche Forschung, auch im Bereich der Migrationsforschung, konstitutiv sind. Dass es in Deutschland lange Zeit gar keine Mig-

rationsforschung gab, erklärt sich dann vielleicht (auch) daraus, dass Wanderungsbewegungen nach Deutschland und aus Deutschland für lange Zeit mehr oder weniger durch die Politik und Kriege erzwungene Bewegungen waren, sodass sie – zumindest auf den ersten Blick betrachtet – keiner weiteren Erklärung bedurften. Und eine Integrationsforschung mag ebenso wenig erforderlich erschienen sein, weil Integration im Sinn eines prinzipiell offenen Interaktions- und Vergesellschaftungsprozesses (Aumüller 2009: 24) in Deutschland lange Zeit nur als Assimilation oder als Segregation gedacht wurde und dementsprechend als Vorgaben an die Angehörigen ethnischer Minderheiten herangetragen wurde.

So wurde von den Arbeitsmigranten, die Deutschland zwischen 1955 und 1973 in Südeuropa und Nordafrika (genau: in Italien, Spanien, Griechenland, dem ehemaligen Jugoslawien, Portugal, der Türkei, Marokko und Tunesien; Butterwegge 2005: o. S.) anwarb, erwartet, dass sie nach einer relativ kurzen Phase des Arbeitsaufenthaltes in ihre Herkunftsländer zurückkehren würden, und sie wurden dementsprechend als Gastarbeiter bezeichnet. In diesem Zusammenhang sei auf die begriffliche Abgrenzung zwischen Fremd- und Gastarbeitern verwiesen. Zunächst wurden die ausländischen Arbeitskräfte noch als „Fremdarbeiter“ bezeichnet, wie die Zwangsarbeiter zu Zeiten des nationalsozialistischen Regimes genannt wurden. Aufgrund ihrer geschichtlichen Vorprägung geriet diese Bezeichnung jedoch in Misskredit. So wurde nach einer öffentlichen Diskussion der Begriff des Gastarbeiters aus der Taufe gehoben. Auf diese Weise sollte der Begriff des Fremdarbeiters im Nachkriegsdeutschland begraben und durch das Präfix „Gast“ ein freundlicher Akzent gesetzt werden. Für den gewählten Begriff des Gastes sprach ferner die eindeutige Botschaft des vorübergehenden Aufenthaltes im Gastland Deutschland (vgl. Arin 1983: 30), denn „(...) zumindest theoretisch galt das 'Rotationsprinzip': Einem temporären Arbeitsaufenthalt sollte die Rückkehr in das jeweilige Herkunftsland folgen“ (Butterwegge 2005: o. S.). Der Zuzug von Familienangehörigen war möglich, und als im Jahr 1973 in Reaktion auf die Wirtschaftskrise die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte durch die Bundesregierung beendet wurde, kehrten viele von ihnen mit ihren Familienangehörigen nicht in ihre Herkunftsländer zurück, sondern blieben in Deutschland. Darüber hinaus wünschten diejenigen, deren Familienangehörige noch nicht nachgezogen waren, dass sie dies nun tun sollten. Durch eine Zuzugssperre in den Jahren 1975 bis 1977, die in mehreren Bundesländern für „überlastete Siedlungsgebiete“ eingeführt wurde, sollte das weitere Anwachsen der ausländischen Bevölkerung gestoppt werden, aber zu diesem Zeitpunkt regten sich in der Bundesrepublik erste Stimmen, die dazu mahnten, die dauerhafte Präsenz vieler Ausländer beziehungsweise Angehöriger ethnischer Minderheiten in der Gegenwart und in der Zukunft als Realität zu akzeptieren. Dies führte dazu, dass

die Bundesregierung im Jahr 1978 erstmals die Position eines Ausländerbeauftragten schuf, die von dem SPD-Politiker Heinz Kühn eingenommen wurde.⁹ Er erließ im Jahr 1979 ein Memorandum,

„(...) dessen zentrale Forderung die Anerkennung der faktischen Einwanderungssituation durch die Regierung in Form einer konsequenten Integrationspolitik war. Als zweites wurde darin vom Staat gefordert, die reale Gleichberechtigung v. a. der so genannten Zweiten Generation in den Bereichen Bildung und Ausbildung, Arbeit und Wohnen zu fördern. Auch die Einführung des kommunalen Wahlrechts für hier lebende Ausländerinnen und Ausländer sowie eine Option auf den Erhalt der deutschen Staatsbürgerschaft für hier geborene ausländische Kinder wurde gefordert“ (Butterwegge 2005: o. S.).

Man könnte meinen, dass dieses Memorandum die Geburtsstunde der Integrationsforschung in der Bundesrepublik markiert, weil eine Integrationspolitik mit diesen Ansprüchen eine Bestandsaufnahme über den Ist-Zustand erfordert, und tatsächlich ist eine solche in Teilen am Ende der 1970er- und während der 1980er-Jahre erfolgt, vor allem hinsichtlich der Bildung der Kinder der Migranten (s. hierzu z. B. Hopf 1981; Müller 1974; Reiser 1981). Dennoch stellte Geiger noch im Jahr 1991 zu Recht fest, dass man in Deutschland nicht von einer Forschungstradition auf dem Gebiet von Migration und Integration sprechen könne (Geiger 1991, zit. n. Siminovskaia 2008: 49), und man kann sagen, dass eine systematische Migrations- und Integrationsforschung hierzulande tatsächlich erst in den 1990er-Jahren begonnen hat.

In den 1980er-Jahren fand nämlich eine öffentliche Debatte nicht nur über die Bedürfnisse und Anliegen der Zuwanderer statt, sondern auch und vor allem über die Bedürfnisse und Anliegen der deutschen Mehrheitsbevölkerung vor dem Hintergrund der Zuwanderung und über die Integrationsfähigkeit und -willigkeit der Zuwanderer. Diese Debatte führte im Jahr 1982 zum Beschluss eines Maßnahmenbündels zur Förderung der Rückkehrbereitschaft der ehemaligen Arbeitsmigranten und im Jahr 1983 zum Gesetz zur befristeten Förderung der Rückkehrbereitschaft von Ausländern (Butterwegge 2005: o. S.). Verschärft wurde die Debatte in den 1980er-Jahren durch den verstärkten Zuzug von Flüchtlingen und Asylsuchenden, die am Ende der 1980er-Jahre in Slogans wie „Das Boot ist voll“, den die Republikaner in ihrem Wahlkampf verwendeten, gipfelte. Die Sozialwissenschaften, besonders die Pädagogik, beteiligten sich in dieser Zeit an der Diskussion zwar stärker als zuvor – beispielsweise an der Diskussion um den Multikulturalismus als gesellschaftlichen Entwurf für die Bundesrepublik (so z. B. Essinger & Uçar 1984; Nieke 1986; Nitschke 1982) –, aber von einer Migrations- und Integrations*forschung* im strengen Sinn, das heißt im Sinne von systematischer Datenerhebung und -auswertung zum Zweck der Prü-

9 <http://www.bundesauslaenderbeauftragte.de/bundesauslaenderbeauftragte.html>

fung von Hypothesen oder auch nur der Deskription, kann in dieser Zeit kaum die Rede sein.

Als Ausnahme hiervon kann die Forschungstätigkeit von Hartmut Esser und Jürgen Friedrichs und ihren Mitarbeitern gelten, die in dem 1990 herausgegebenen Band mit dem Titel „Generation und Identität“ dokumentiert ist und sich explizit, nämlich wie im Untertitel des Bandes formuliert, als Beitrag „zur Migrationssoziologie“ verstand. Eine Migrationssoziologie hat es in Deutschland zu diesem Zeitpunkt aber noch gar nicht gegeben, sodass bereits der Untertitel des Bandes die Anbindung der Forschung von Esser, Friedrichs und Kollegen an die englischsprachige Migrationssoziologie, vor allem die US-amerikanische, deutlich macht.

Die Migrationssoziologie begann in der englischsprachigen Welt mit Forschungen über Migrationsbewegungen. Anscheinend stammt der früheste Versuch, Migrationsbewegungen zu systematisieren, von Ernest G. Ravenstein, der im Jahr 1885 seine Gesetze der Migration publizierte. Bei diesen Gesetzen handelte es sich um generalisierte Aussagen über von Ravenstein gemachte empirische Beobachtungen mit Bezug auf Wanderungen, wie etwa diejenige, dass Wanderungen die Tendenz haben, vom Land in die Stadt und nicht umgekehrt zu erfolgen und normalerweise in Form von Wanderungsströmen vor sich gehen, dass also Populationen aus bestimmten Regionen in bestimmte andere Regionen wandern (vgl. Daugherty & Kammeyer 1995: 112). Auf Ravensteins Gesetzen bauten spätere verschiedene Modelle auf, welche die Wanderungsbewegungen als Ergebnisse von Wanderungsentscheidungen und/oder als Funktionen der Eigenschaften von Orten oder Räumen, die als Push- oder Pull-Faktoren Menschen zum Zu- oder Wegzug bewegten auffassten und beschrieben (z. B. Thomas 1954; Lee 1966).

Was die Integration von Zuwanderern betrifft, so wurde in den USA bereits Mitte der 1930er-Jahre vom *Social Science Research Council* ein Subkomitee für Akkulturation eingerichtet „to analyze and chart the dimensions of this field of study, so crucial to the field of cultural anthropology“ (Gordon 1964: 61), wobei das folgende Verständnis von Akkulturation zugrundegelegt wurde:

„[acculturation] comprehends those phenomena which result when groups of individuals having different cultures come into continuous first-hand contact, with subsequent changes in the original pattern of either or both groups“ (Redfield, Linton & Herskovits 1936, zitiert nach Gordon 1964: 61).

Wie Heckmann und Tomei (2003: 9) berichten, gibt es in den USA

„(...) eine Tradition der Erforschung interethnischer Beziehungen und der 'Assimilierung' der Einwanderer, die in die frühen Zeiten der amerikanischen Soziologie zurückgeht. In der Chicago Schule der Soziologie, deren stärkste Entfaltung in die Zeit von 1915-1940 fällt, interessierte man sich auf dem Hintergrund einer sprunghaften Vermehrung der Bevölkerung von Chicago lebhaft für die städtische Integration der Einwanderer, ihre Wohnweisen und Organisatio-

nen. Eines der zentralen Konzepte bei diesen Analysen war das der ethnischen Kolonie als Form ethnischer Selbstorganisation, welche man als 'bridge of transition', also als Übergangsinstitution auf dem Weg in die Assimilierung ansah (...) Man ging – im Grunde parallel zu den gesellschaftlichen Überzeugungen – von einem über Generationen verlaufenden, quasi Automatismus der Einwandererintegration in verschiedenen Stufen mit dem Endpunkt Assimilierung aus. Just zu dem Zeitpunkt, als man glaubte, dass Ethnizität als wichtiges Merkmal sozialer Identität abgedankt habe, konstatierten Glazer und Moynihan (1963) ein 'ethnic revival', und in der Folge gab es immer mehr Nachweise der fortexistierenden Macht ethnischer Phänomene und der Fragwürdigkeit eines quasi-Automatismus der 'assimilation'.“

Ein Jahr später erschien ein Buch von Milton M. Gordon (1964), das die Rolle von ethnischer Zugehörigkeit, Religion und nationaler Herkunft für die „Assimilation in American Life“ untersuchte und verschiedene Assimilationstheorien sowie verschiedene Typen oder Entwicklungsstufen von Assimilation unterschied (Gordon 1964: 71). Insbesondere seine Unterscheidung von verschiedenen Typen oder Entwicklungsstufen von Assimilation und seine Betrachtung ihrer Zusammenhänge untereinander sowie die Terminologie, die Gordon in diesem Zusammenhang entwickelte, sind auch in der deutschen Integrationsforschung, wie später noch erkennbar werden wird, einflussreich gewesen.

Die Migrations- und Integrationsforschung in Deutschland etablierte sich – unter Bezug auf die englischsprachigen, vor allem amerikanischen Vorarbeiten – während der 1990er-Jahre, in deren Verlauf sich auch langsam die Erkenntnis und Akzeptanz der Tatsache durchsetzte, dass Deutschland de facto ein Einwanderungsland geworden war. Publikationen, die sich speziell mit ethnischen Minderheiten und ihrer (häufig als mangelhaft beschriebenen) Integration befassten, wurden nun nicht mehr hauptsächlich von Pädagogen verfasst (wie z. B. Dittrich & Radtke 1990), sondern zunehmend häufiger auch von Soziologen, darunter – prominent – Bernhard Nauck und Kollegen (Nauck 1994; 1991; Nauck, Kohlmann & Diefenbach 1997), Hartmut Esser (Esser 1999; 1990) oder Wolf-Dietrich Bukow und Roberto Llaryora (1993).

Eine Rolle bei der Etablierung der Migrations- und Integrationsforschung und ihrer zunehmenden Akzeptanz und Verbreitung mag neben der öffentlichen Diskussion über die Zuwanderung von Familienangehörigen der Arbeitsmigranten, Flüchtlinge und Asylbewerber auch der starke Zuzug von Russlanddeutschen in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre (Dietz & Hilkes 1994: 9) sowie die Vereinigung der beiden deutschen Staaten im Jahr 1990 gespielt haben, in deren Folge auch die Binnen- und regionale Migration eine quantitativ neue Bedeutung erhielt.

Beim Zuzug von Ausländern und bei der Integration ethnischer Minderheiten dauerte es aber bis zum Jahr 2000, bis die Politik die Forderungen von Wissenschaftlern nach einem Paradigmenwechsels in der Zuwanderungs- und Integrationspolitik, die sie unter anderem im „Manifest der 60“ formulierten, hörte und teilweise umsetzte. Im Jahr 2000 wurde in Deutschland nämlich das Staats-

angehörigkeitsrecht reformiert, wobei der wichtigste Aspekt der Reform darin lag, dass das bis dahin geltende Prinzip der Vererbung der Staatsangehörigkeit durch das Territorialprinzip des Erwerbs der Staatsbürgerschaft ergänzt wurde (Butterwegge 2005: o. S.). Butterwegge bemerkt hierzu:

„Das war ein tiefgehender Bruch mit ethnonationalen Leitvorstellungen, die man vereinfacht in dem Grundgedanken zusammenfassen konnte. Deutscher könne man zwar sein, aber nicht werden. Zugleich bedeutete diese Reform eine Angleichung an europäische Standards: Seit dem 1. Januar 2000 in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern erhalten die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn ein Elternteil seit mindestens acht Jahren dauerhaft in Deutschland lebt. Falls die Kinder zugleich auch die ausländische Staatsangehörigkeit der Eltern erwerben, müssen sie sich nach Erreichen der Volljährigkeit bis zum 23. Lebensjahr für eine Staatsangehörigkeit entscheiden. Wollen sie die ausländische Staatsangehörigkeit behalten, verlieren sie die deutsche wieder. (...) Die Einbürgerung wurde erheblich erleichtert. Ausländer haben unter bestimmten Voraussetzungen, wozu auch das Bestehen eines Sprachtests gehört, seit dem 1. Januar 2000 nach acht – und nicht mehr wie bis dahin nach 15 – Jahren einen Anspruch auf Einbürgerung“ (Butterwegge 2005: o. S.).

Für die Integrationsforschung bedeutete die weitgehende Akzeptanz von Deutschland als Einwanderungsland durch die Politik und die Öffentlichkeit die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts insofern einen Entwicklungsschub, als ihre Zuarbeit an öffentliche Verwaltungen verstärkt nachgefragt wurde und mehr Quellen für die Finanzierung entsprechender Forschungsvorhaben zur Verfügung standen. Bereits im Jahr 2000 oder kurz danach erschienen die ersten Publikationen, die neben Beschreibungen der historischen Zuwanderungen nach Deutschland und rechtlicher Rahmenbedingungen der Zuwanderung und Integration in Deutschland (z. B. Herbert 2001; Meier-Braun 2002) eine Bestandsaufnahme der „[s]oziale[n] Situation“ und der „Lebenslagen im Integrationsprozess“ (Beger 2000: 63) machten oder Erfahrungen aus städtischen Integrationsprojekten zusammenstellten (wie z. B. in Eckern & Schirp 2000). Zehn Jahre später gab es nicht nur einen jährlich erscheinenden nationalen Integrationsbericht, der von der Bundesregierung implementiert und finanziert wird, sondern auch regelmäßig erscheinende Integrationsberichte der Landesregierungen und eine Vielzahl kommunaler und städtischer Integrationsberichte. Hinzu kommen zahlreiche Publikationen über Integration durch die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, die es seit 2005 gibt, durch entsprechende Beauftragte auf der Landesebene, wie etwa der Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration und durch politische Stiftungen, wie zum Beispiel die Friedrich-Ebert-Stiftung. Eine Migrations- und Integrationsforschung, die allein aus Mitteln der Universität und in Eigenverantwortung der Forscher durchgeführt wird, scheint demgegenüber relativ selten geworden zu sein.

Diese starke Verzahnung von öffentlicher Verwaltung und sozialwissenschaftlicher Forschung birgt neben vielen Möglichkeiten zweifellos Gefahren,

wie die der weitgehenden Instrumentalisierung sozialwissenschaftlicher Forschung und der Verengung der Forschung auf verwaltungstechnisch relevant oder politisch opportun erscheinende Themen oder gar die Gefahr von Forschungs- und Publikationszensur. Bemerkenswerterweise werden sie aber so gut wie gar nicht thematisiert geschweige denn diskutiert. So stellt Saskia Misera (2010: 24-25) in ihrer Dissertationsschrift über Drittmittelforschung fest:

„Heute spielen viele der früher geäußerten Kritikpunkte eine untergeordnete Rolle; die drittmittelfinanzierte Forschung wird überwiegend positiv bewertet. (...) Werden die potenziellen Risiken der Drittmittelforschung reflektiert und durch wissenschaftsadäquates Verfahren weitestgehend vermieden, kann man sich dem Nutzen der Drittmittel zuwenden, der durch einige statistische Angaben umso deutlicher wird“.

Betrachtet man die Literatur, so ist jedenfalls zu beobachten, dass der deskriptive Aspekt der Integrationsforschung gegenüber dem hypothesen- und theorieprüfenden Aspekt fortschreitend stark und heute bei Weitem überwiegt. Im Gegensatz hierzu war die frühe(re) deutschsprachige Migrations- und Integrationsforschung wie bereits bemerkt durch theoretische Fundierungen oder doch zumindest durch Modelle des Wanderungs- und/oder Integrationsprozesses gekennzeichnet, von denen in den folgenden Unterkapiteln von Kapitel 2 einige vorgestellt werden.

2.2 Das strukturelle Migrationsmodell von Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny

Der Schweizer Soziologe Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny war nicht nur einer der ersten Soziologen, der sich überhaupt mit dem Thema „Migration“ beschäftigt hat, sondern auch derjenige, der als erster deutschsprachiger Soziologe ein eigenständiges Modell zur Erklärung von Wanderungsbewegungen entwarf, das er in verschiedenen Publikationen vorstellte (Hoffmann-Nowotny 1988; 1973; 1970: 1969). Sein Modell basiert auf der *Theorie der strukturellen und anomischen Spannungen* von Peter Heintz (1968), die von Hoffmann-Nowotny zu einer *Theorie des Wandels sozietales Systeme* um- beziehungsweise ausformuliert wurde, welche selbst Einheiten darstellen und aus Einheiten auf verschiedenen Ebenen, der Mikroebene des Individuums ebenso wie der Mesoebene der sozialen Gruppe oder der Organisation, zusammengesetzt sind. Wanderungen sind eine Komponente des Wandels sozietales Systeme und daher als Bestandteil der *Theorie gesellschaftlichen Wandels* anzusehen; es ist dementsprechend nicht ganz richtig, wenn Hoffmann-Nowotnys theoretische Leistung auf den Entwurf eines Migrationsmodells reduziert wird, und weil sie eine Betrachtungsweise auf mehreren Ebenen involviert, ist es auch nicht ganz richtig, wenn seine Theorie

beziehungsweise sein Wanderungsmodell (allein) als ein mikro- oder makrosoziologisches Modell beschrieben wird.

Der Ausgangspunkt der Theorie sind die beiden soziologischen Grundbegriffe „Macht“ und „Prestige“, wobei „Macht“ die Fähigkeit bedeutet, den eigenen Anspruch auf den Besitz sozialer Werte durchzusetzen, die für Hoffmann-Nowotny im Wesentlichen materielle Werte sind oder solche, die materiellen Erfolg ermöglichen, wie allgemeine oder berufliche Bildung. „Prestige“ bezeichnet die Legitimität, die diesem Anspruch eingeräumt wird. Macht und Prestige stellen für Hoffmann-Nowotny Statuslinien dar, die gemeinsam den Status einer Person bestimmen. Weil in sozietalem Systemen Macht und Prestige ungleich verteilt sind, aber gleichzeitig in solchen Systemen eine Tendenz zum Ausgleich von Macht und Prestige besteht, entstehen strukturelle Spannungen, die sozusagen der Motor des Wandels sozietalem Systeme sind. Postuliert werden weiter verschiedene Arten struktureller Spannungen (nämlich einfache Rangspannungen, Ungleichgewichtsspannungen und Unvollständigkeitsspannungen), die auf der Ebene der Einheiten im sozietalem System gleichermaßen anomische Spannungen erzeugen. Diese anomischen Spannungen erzeugen in der Einheit ein auf den Ausgleich von Macht und Prestige gerichtetes Verhalten.

Zum Erreichen dieses Ausgleichs gibt es verschiedene Möglichkeiten: Er kann erstens dadurch erzielt werden, dass sich die Position des sozietalem Systems (z. B. eines Staates) im umfassenderen System (z. B. in einem Staatenverbund) verändert. Zweitens kann die Einheit die anomische Spannung dadurch auflösen, dass sie aus dem sozietalem System ausscheidet, wobei das Ausscheiden aus dem System die Form des physischen Ausscheidens oder des Wegzugs oder die Form des Rückzugs auf sich selbst oder der inneren Emigration annehmen kann (Hoffman-Nowotny 1988: 29). Drittens kann die Bewertungsgrundlage verändert werden, die verwendet wird, um über das Vorliegen von Benachteiligung oder Bevorzugung zu entscheiden (wie es etwa der Fall ist, wenn die Zuschreibung eines Status nicht mehr durch das Leistungsprinzip dominiert, sondern zum Beispiel durch das Bedürfnisprinzip relativiert wird), und schließlich können Positionen auf den Statuslinien „Macht“ und „Prestige“ aufgegeben werden.

Mit Ausnahme der Lösung von anomischen Spannungen durch eine Veränderung der Bewertungsgrundlage sind die genannten Lösungsmöglichkeiten alle als Formen der Mobilität aufzufassen (Hoffmann-Nowotny 1969: 7); eine spezifische Form der Mobilität ist dabei die Migration. Eine Einheit, die die Migration zur Lösung anomischer Spannung wählt, scheidet aus dem spannungsreicheren sozietalem System aus, tritt aber gleichzeitig in ein spannungsärmeres ein, sodass Migration für Hoffmann-Nowotny als Interaktionsprozess zwischen sozietalem Systemen betrachtet werden kann, zwischen denen Spannungen übertragen wer-

den. Im Zuge der Migration von Individuen oder sozialen Gruppen zwischen Staaten als Mittel zum Abbau anomischer Spannungen werden im Auswanderungskontext Spannungen abgebaut, im Einwanderungskontext aber gleichzeitig aufgebaut.

Im Einwanderungskontext wird die ethnische Zugehörigkeit des gewanderten Individuums auf eine Weise relevant, wie sie es (normalerweise oder durch theoretische Setzung) vorher nicht gewesen ist, denn

„[a]uf der Statuslinie 'ethnische Zugehörigkeit' besetzen die Einheimischen nach ihrer Definition die hohen Positionen und schreiben den ethnisch fremden Gruppen die tiefen Positionen zu. Aus der Sicht der Einheimischen rechtfertigt diese Konstellation die niedrigen Ränge der Einwanderer auf der Einkommens- und Berufslinie sowie die Versagung von Aufstiegsmöglichkeiten“ (Hoffmann-Nowotny 1973: 240).

Es kommt also zu einer Unterschichtung des Aufnahmekontextes durch die Zuwanderer, oder anders gesagt: Es entsteht eine „ethnisch geschichtete Einwanderungsgesellschaft, deren neofeudale Struktur unter Rekurs auf askriptive Kriterien legitimiert wird“ (Hoffmann-Nowotny 2000: 161).

Die Frage, inwieweit Hoffmann-Nowotnys Migrationsmodell angesichts der Existenz historischer Migrationsbewegungen, die zu einer Über- statt einer Unterschichtung der autochthonen Gesellschaft geführt haben und die derzeit die innereuropäische Migration kennzeichnen (Braun & Recchi 2008: 172), empirische Regelmäßigkeiten abbildet, ist für die vorliegende Arbeit von nicht unmittelbarer Relevanz. Wichtig ist dagegen, dass Hoffmann-Nowotnys Migrationsmodell die Auffassung von Integration illustriert, die die frühe Auseinandersetzung mit Migration und Migranten im deutschsprachigen Raum geprägt hat, nämlich die Auffassung von Integration als *Systemintegration* und nicht als *Sozialintegration*.

Die Unterscheidung zwischen System- und Sozialintegration stammt von David Lockwood (1964):

„Whereas the problem of the social integration focuses attention upon the orderly or conflictful relationships between the *actors*, the problem of system integration focuses on the orderly or conflictful relationships between the *parts* of a social system.“ (Lockwood 1964: 245; Hervorhebung im Original).

Lockwood kennzeichnet diese Unterscheidung als „wholly artificial“ (Lockwood 1964: 245), womit er andeuten möchte, dass sie eine analytische Unterscheidung ist, die die Erklärung von Migrations- und Integrationsphänomenen aus verschiedenen Perspektiven anleiten soll. Moodie erläutert dies im Hinblick auf die Systemintegration wie folgt:

„The systemic mode of explanation introduces an analytical shorthand to explain complex 'causal' patterns whose effects elude interpretation in terms of institutionalized social structures and actors' intentions and their consequences. Crises at the system level operate behind the

backs of actors, altering the terrain of contestation even as actors strive to devise winning strategies with every available structural resource“ (Moodie 1994: 276).

Der makrosoziologische Blick der frühen deutschsprachigen Migrations- und Integrationsforschung mag sich einerseits aus der allgemein großen Popularität makrosoziologischer Theorien und besonders der allgemeinen Systemtheorie in den 1960er- und 1970er-Jahren speisen, andererseits ist es plausibel zu vermuten, dass er mit der spezifischen Erfahrung der deutschsprachigen Länder mit Zuwanderung zu dieser Zeit zusammenhängt:

„(...) in a guest worker system, integration [als soziale Integration] is not high on the agenda. The local population accepts foreigners who are not direct competitors in the same labour market and do not expect, over the long term, to become integrated“ (Boutang & Papademetriou 1994: 26).

Erst mit der Erkenntnis und der Akzeptanz der Tatsache, dass die als Gastarbeiter angeworbenen Menschen auf Dauer bleiben würden und Deutschland de facto ein Einwanderungsland ist (vgl. Kapitel 2.1), wurde der Blick stärker auf die soziale Integration und deren Bedingungen oder Voraussetzungen gerichtet. Diese Entwicklung fiel mit einer allgemein stärkeren Hinwendung der Sozialwissenschaften zu einer Akteursperspektive beziehungsweise einer Perspektive zusammen, welche die Mikro- und Makroebene der Betrachtung sozialer Phänomene – vor allem im Anschluss an den entsprechenden Vorschlag von James S. Coleman (1991: 1-29) – systematisch miteinander zu verbinden suchte. In Deutschland war und ist einer der Hauptvertreter dieses Ansatzes Hartmut Esser. Seine Eingliederungstheorie ist Gegenstand des folgenden Kapitels.

2.3 Die Eingliederungstheorie Hartmut Essers

Im Anschluss an Lockwood geht Esser von zwei Ebenen gesellschaftlicher Integration aus, nämlich der oben bereits kurz beschriebenen System- und Sozialintegration:

„Die Systemintegration bezieht sich (...) auf die Integration des *Systems* einer Gesellschaft als Ganzheit, die Sozialintegration dagegen auf die Integration der *Akteure* (bzw. der von ihnen gebildeten Gruppen) 'in' das System hinein. Das eine Mal ist das System der Gesellschaft der Bezugspunkt der Betrachtung, das andere Mal sind es die Akteure bzw. die Bevölkerung und die verschiedenen Gruppen“ (Esser 2001: 3; Hervorhebung im Original).

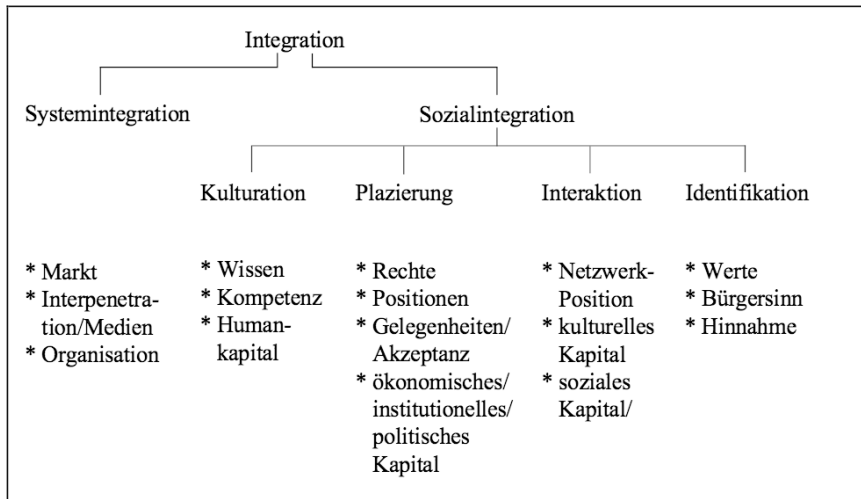
Für Esser ist die Unterscheidung zwischen System- und Sozialintegration nicht nur eine analytische, sondern sie bezieht sich auf zwei empirisch prinzipiell voneinander unabhängige Phänomene, denn „[e]s kann grundsätzlich eine Systemintegration auch *ohne* Sozialintegration geben“ (Esser 2001: 4; Hervorhebung im Original), wie es beispielsweise der Fall ist, wenn eine Gesellschaft „etwa über

das Marktgeschehen oder die politische Ordnung“ stark integriert ist, es aber gleichzeitig Bevölkerungsgruppen gibt, die in anderen wichtigen Punkten keine oder stark unterdurchschnittliche Beteiligungen an gesamtgesellschaftlichen Gütern haben und insofern nicht in das System der Gesamtgesellschaft integriert sind (Esser 2001: 4-5). Gewöhnlich, so betont Esser, kommt die Systemintegration aber nicht gänzlich ohne Sozialintegration aus: So ist es zum Beispiel für die Positionen von Käufern und Verkäufern auf Märkten im Prinzip gleichgültig, wer sie besetzt, aber wenn diese Positionen von stark homogenen Personen oder Gruppen besetzt werden, funktioniert der Markt nicht oder zumindest stark sub-optimal:

„Der systemintegrierende bilaterale Tausch auf den Märkten vollzieht sich nur, weil die Akteure sich gegenseitig etwas anzubieten haben. Und dazu müssen sie Zugang zu sozialen Beziehungen und den verschiedenen Funktionssystemen einer Gesellschaft haben, mindestens aber über gewisse Rechte und Fertigkeiten verfügen“ (Esser 2001: 5).

Märkte stellen neben Organisationen beziehungsweise institutionellen Regeln und Medien die Mechanismen bereit, die zur Systemintegration erforderlich sind. Sozialintegration hat nach Esser (2001: 16), die vier verschiedenen Dimensionen „Kulturation, Plazierung, Interaktion und Identifikation (...)“ (und diese vier Dimensionen von Sozialintegration hängen untereinander zusammen, teilweise in Form von Wechselbeziehungen, und haben verschiedene Bedingungen zur Voraussetzung. Esser hat die beiden Formen der Integration und ihre Mechanismen beziehungsweise Bedingungen wie folgt in einer Abbildung zusammengestellt:

Abbildung 1: Systemintegration und die vier Dimensionen der Sozialintegration



Quelle: Esser 2001: 16

Wie man der Abbildung 1 entnehmen kann, kommt gemäß Esser den Kompetenzen und Kapitalien eine besondere Bedeutung für die Sozialintegration zu, wobei er den Humankapitalbegriff der ökonomischen Theorie sowie die Kapitalienbegriffe von James S. Coleman (mit Bezug auf das soziale Kapital) und von Pierre Bourdieu zugrunde legt (auf Letzeren wird in Kapitel 3 noch genauer einzugehen sein). Verschiedene Ressourcen oder Kapitalien betrachtet Esser nämlich als Voraussetzungen für die Sozialintegration auf drei der vier Dimensionen (die Ausnahme ist die Identifikationsdimension) des Konstrukts. Wie und warum er das tut, wird bereits deutlich, wenn man seine Erläuterungen zu den vier Dimensionen von Sozialintegration betrachtet. So meint Esser mit Kulturation,

„(...) dass die Akteure das für ein sinnhaftes, verständiges und erfolgreiches Agieren und Interagieren nötige *Wissen* besitzen und bestimmte *Kompetenzen* haben. Das Wissen und die Kompetenzen beziehen sich auf die Kenntnis der wichtigsten Regeln für typische Situationen und die Beherrschung der dafür nötigen (kulturellen) Fertigkeiten, insbesondere sprachlicher Art. Wissen, Kompetenzen und (sprachliche) Fertigkeiten sind dabei eine Art von (Human-)Kapital, in das die Akteure auch investieren können oder müssen, wenn sie für andere Akteure interessant sein wollen und, etwa, an der Besetzung gesellschaftlich angesehener Positionen interessiert sind oder an für sie selbst interessanten Interaktionen und Transaktionen teilnehmen möchten“ (Esser 2001: 8-9; Hervorhebungen im Original).

Platzierung setzt für Esser mit der Kulturation einhergehende Kompetenzen und Ressourcen voraus, macht aber gleichzeitig weitere Ressourcen zugänglich“ (Esser 2001: 17):

„Unter Platzierung wird, ganz allgemein, die Besetzung einer bestimmten gesellschaftlichen Position durch einen Akteur verstanden (...) Die soziale Integration durch Platzierung ist schon aus 'technischen' Gründen eng mit dem Mechanismus der Kulturation verbunden. Einerseits erwerben Akteure über die Platzierung auf bestimmte Positionen bestimmte Kompetenzen – oder aber auch nicht (...) Andererseits ist die Kulturation oft ein wichtiger Filter dann auch für die Platzierung der Akteure: Nur wer über eine gute Schulbildung verfügt, kann auf einen akzeptablen Posten hoffen, (...) Wer bestimmte Kompetenzen hat, verfügt daran anschließend über die Kontrolle von gesellschaftlich interessanten Ressourcen und wird daher auch als 'Person' (oder 'Gruppe', wenn es sich um Gemenge von Personen handelt) für andere Akteure im System interessant. Er verfügt damit – ganz allgemein – über eine gewisse Macht und wird darüber schließlich auch akzeptiert und sozial anerkannt. Die soziale Integration über den Mechanismus der Platzierung ist die wohl wichtigste Bedingung zur Erlangung von gesellschaftlich generell verwendbaren Kapitalien, insbesondere in der Form des ökonomischen Kapitals und des sog. Humankapitals. Mit der erfolgreichen Platzierung werden aber auch andere Arten von Kapital erreichbar: institutionelles Kapital an noch weitergehenden Rechten und politisches Kapital an einer Vertretung der eigenen Interessen. Kurz: Die Platzierung auf den (möglichst auch: zentralen) Positionen einer Gesellschaft ist der Schlüssel für jede nachhaltige Sozialintegration“ (Esser 2001: 10; Platzierung [sic!]).

Und weil

„(...) die Besetzung von Positionen und die Kontrolle von Kompetenzen ihrerseits die wichtigsten (sozialintegrativen) Bedingungen auch der Systemintegration (über Märkte, Organisation und Medien) sind, kann in ihnen sogar die Vorbedingung für *alle* Prozesse der Integration gesehen werden, für die System- wie für die Sozialintegration also“ (Esser 2001: 17; Hervorhebung im Original).

Interaktionen „sind ein Spezialfall des sozialen Handelns, bei dem sich die Akteure wechselseitig über Wissen und Symbole aneinander orientieren und so (...) über ihre Orientierungen und ihr Handeln Relationen miteinander bilden“ (Esser 2001: 10).

Sie „(...) berühren, darin ganz anders als die bloße 'Platzierung' oder der rein 'technische' Erwerb kultureller Fertigkeiten, die eingelebten alltäglichen Bezüge und die im Zuge der Enkulturation erworbenen Prägungen ganz besonders, und zwar in erster Linie auch in *emotionaler* Hinsicht“ (Esser 2001: 11; Hervorhebung im Original).

Für die vorliegende Arbeit von besonderer Wichtigkeit ist, dass Esser im Zusammenhang mit Interaktion als einer der drei Dimensionen von Sozialintegration explizit auf räumliche Nähe als Gelegenheitsraum eingeht. Er schreibt:

„Eine wichtige 'strukturelle' Bedingung für die Aufnahme von Interaktionen sind allein schon die objektiv gegebenen Gelegenheiten des Zusammentreffens. Auch darin zeigt sich die letztlich wieder zentrale 'materielle' Verankerung auch der Interaktion als Mechanismus der Sozialintegration: Bei starken ethnischen Segregationen, etwa in bestimmten Wohnvierteln oder Schulklassen, sind alleine bereits die Chancen zur Entwicklung interethnischer Interaktionen nur klein. Zweitens gehören zu diesen technischen Bedingungen erfolgreicher Interaktionen die

Beherrschung gewisser kultureller Fertigkeiten, allen voran die Sprache. Andererseits helfen entstandene Interaktionen beim Erwerb genau dieser Fertigkeiten wieder. Wegen dieser sich selbst verstärkenden Beziehungen zwischen (Ak-)Kulturation, Interaktion und auch der Platzierung (etwa in bestimmten Arten von Schulklassen oder Stadtvierteln) kann es daher zu Spiralen der sozialen Segmentation und der Entwicklung ethnischer Gemeinden kommen, in denen sich das gesamte soziale Leben abspielt“ (Esser 2001: 11).

Damit fügt Esser der häufig normativ und emotional geführten und auf die Gefahr der Entstehung sozialer Spannungen (z. B. Farwick 2004: 260; Krau 2000; Kürsat-Ahlers 1993: 226) und die Herausbildung von gruppenspezifischen Interessen (z. B. Heitmeyer 1998: 452) konzentrierten Diskussion darüber, ob ethnische Segregation funktional oder dysfunktional beziehungsweise was zu viel oder zu wenig ethnische Segregation in einem Wohnviertel sei, einen Aspekt hinzu, der für diejenigen spricht, die sich gegen Segregation aussprechen und gleichzeitig auf der Suche nach dem kritischen Anteil von Haushalten ethnischer Minderheitenangehöriger sind, ab dem deutsche Haushalte aus dem Wohnviertel wegziehen (womit ja wieder der Segregation Vorschub geleistet würde), allen voran Volker Eichener (vgl. Eichener 1988: 182, 185, 252; Eichener, Schauerte & Klein 2002: 94, 97). So haben nach Eichener beim integrierten Wohnen, das ein Zusammenwohnen in einem Haus bedeuten müsse, Ausländer oder Angehörige ethnischer Minderheiten die Chance, die üblichen Verhaltensnormen kennenzulernen und „sie durch Imitation zu erlernen“ (Eichener 1988: 211). In Übereinstimmung mit dieser Argumentation betrachtet Esser die Abwesenheit starker ethnischer Segregation als Voraussetzung für soziale Integration: Erst die Gelegenheit zur Interaktion schafft für die Angehörigen ethnischer Minderheiten die Möglichkeit, diejenigen Kompetenzen zu erwerben, die für die Kulturation grundlegend wichtig sind.

In der Literatur werden Aussagen wie diejenigen von Eichener oder Esser als Ausdruck einer ethnozentrischen Voreingenommenheit gewertet und dementsprechend als Forderung einer einseitigen Anpassung von Migranten oder Minderheitenangehörigen kritisiert (z. B. von Bürkner 1987: 226), was häufig als Assimilation – im Gegensatz zu Integration, Separation oder Marginalisierung – bezeichnet wird. In der kollektiven Rede über Migranten spiegelt sich eine ethnozentristische Haltung mit der binären Codierung vom „Eigenen“ und „Fremden“ wider. Dabei werden „die Fremden“ wiederum binär unterschieden in Integrationsfähige/-willige versus Integrationsverweigerer mangels Kompetenz oder Bereitschaft. Auch die vor einigen Jahren angezettelte und immer wieder revitalisierte Diskussion um die „deutsche Leitkultur“ reproduzierte und festigte diese Perspektive, ohne sie produktiv aufzuheben. Von „den Deutschen“ als einer homogenen Gruppe zu sprechen, würde lächerlich und wirklichkeitsfern wirken. Doch in Bezug auf Migranten geschieht oft genau das. Solche Projektionen werden der pluralen Wirklichkeit unserer Gesellschaft nicht gerecht. Es

lohnt sich, die Lebenswelten von Menschen mit Migrationshintergrund einmal genauer anzuschauen – und zwar nicht reflexhaft der Defizitfrage nach dem Grad der Integration (oder ihres Scheiterns) folgend. Nach Esser bedeutet „Assimilation (...) im Zusammenhang mit interethnische[n] Beziehungen zunächst ganz allgemein die 'Angleichung' der Akteure bzw. Gruppen in gewissen Eigenschaften an einen 'Standard'“ (Esser 2004: 45) und im Bezug auf die soziale Integration von Migranten oder Minderheitenangehörigen als Gruppe „das komplette Verschwinden von Zwischengruppen-Differenzen zwischen den verschiedenen ethnischen Kategorien in (relevanten) individuellen Eigenschaften“ (Esser 2004: 50). Sind solche Differenzen beobachtbar, so bezeichnet Esser dies als ethnische Schichtung, die somit den Gegenbegriff zur Assimilation darstellt. Tatsächlich ist für Esser

„[d]ie Sozialintegration in die Aufnahmegesellschaft (...) eigentlich *nur* in der Form der *Assimilation* möglich. Im Anschluss an die vier Dimensionen der Sozialintegration (Kulturation, Plazierung, Interaktion und Identifikation) also: als *Akkulturation* an die *Aufnahmegesellschaft* in Hinsicht auf Wissen und Kompetenzen, als Plazierung und Inklusion in die wichtigen Positionen der funktionalen Sphären der Aufnahmegesellschaft, einschließlich der Inanspruchnahme grundlegender Rechte und Pflichten, als Aufnahme von *interethnischen* Kontakten, sozialen Beziehungen und Tauschakten mit den *Einheimischen* und als – wie immer geartete – emotionale Unterstützung nicht (nur) der Herkunfts-, sondern (auch) der *Aufnahmegesellschaft* und ihrer grundlegenden „Verfassung“.

Warum das so sein sollte, begründet er damit, dass der Zugang zu Ressourcen von der Mehrheitsgesellschaft kontrolliert wird, so dass Migranten und Minderheitenangehörige sich den Regeln unterwerfen müssen, nach denen dieser Zugang zu den Ressourcen gewährt oder nicht gewährt wird. Es bleibt ihnen also gar nichts anderes übrig, als sich an die Regeln anzupassen, die sie in der Mehrheitsgesellschaft vorfinden, denn

„[d]ie Kontrolle interessanter Ressourcen wird (...) erst möglich durch die Plazierung auf Positionen in den *zentralen* Institutionen und Märkten einer Gesellschaft, durch die *strukturelle* Assimilation also. Dafür aber ist das Durchlaufen der jeweiligen Bildungsinstitutionen eine – mehr und mehr notwendige und inzwischen schon kaum mehr hinreichende – Bedingung. Das Bildungssystem ist jedoch – nach wie vor – Teil der jeweiligen *nationalstaatlich* verfassten Institutionen. Es ist meist sogar darin noch einmal an recht speziellen kulturellen Vorgaben orientiert, etwa die Kultur der regionalen bürgerlichen Mittelschichten, aus denen überwiegend die Lehrer stammen. Das gilt, auf eine kaum absehbare Zeit wohl, auch angesichts aller supra-staatlicher Entwicklungen und Konvergenzen. Außerdem wird die Vermittlung des inhaltlichen Stoffes auch in Zukunft überwiegend in der jeweiligen Landessprache erfolgen (müssen). Von daher aber gewinnen gewisse *kulturelle* Vorgaben des *Aufnahmelandes* eine unmittelbare instrumentelle Bedeutung auch für den Prozess der strukturellen Sozialintegration der Migranten (und darüber für die Systemintegration der betreffenden Gesellschaft insgesamt). Die verschiedenen kulturellen Fertigkeiten sind strukturell eben *nicht* neutral und unschuldig“ (Esser 2001: 65-66; Hervorhebungen im Original).

Es sei betont, dass Esser hier die Assimilation von *Gruppen* von Migranten oder Minderheiten im Auge hat. Assimilation im von Esser beschriebenen Sinn ist eine empirisch beobachtbare Eigenschaft von *Verteilungen*. Dementsprechend ist es möglich, dass Assimilation in diesem Sinn beobachtet wird und gleichzeitig individuelle Migranten oder Minderheitenangehörige andere Formen der sozialen Integration oder Nichtintegration als die (individuelle) Assimilation leben, die Esser auf der individuellen Ebene als „soziale Integration (nur) in die Aufnahmegesellschaft“ (Esser 2004: 46) definiert. Prinzipiell ist es nämlich auch möglich, dass (1) ein Migrant oder Minderheitenangehöriger nur in die eigene ethnische Gruppe sozial integriert ist, was Esser als individuelle Segmentation bezeichnet, dass er (2) in beide, die eigene ethnische Gruppe und die Aufnahmegesellschaft, sozial integriert ist, wobei Esser von „multiple[r] Inklusion“ spricht, oder (3) er weder in die eigene ethnische Gruppe noch in die Aufnahmegesellschaft sozial integriert ist, was bei Esser „Marginalität“ heißt (Esser 2004: 47). In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass die Unterscheidung dieser vier Möglichkeiten sozialer Integration oder Nichtintegration ursprünglich nicht von Esser stammt und somit nicht von ihm selbst entwickelt wurde. Er stützt sich hier vielmehr auf den Psychologen John W. Berry, der vier von ihm so bezeichnete Akkulturationsstrategien unterscheidet, die ein Migrant oder Minderheitenangehöriger verfolgen kann: „integration“, „assimilation“, „seperation/ egregation“ und „marginalization“ (Berry 1997: 10). Esser kennt also vier Möglichkeiten der sozialen Integration oder Nichtintegration, und sie alle lassen sich „empirisch auch beobachten“ (Esser 2004: 47).

Für die Assimilation von Migranten oder Minderheitenangehörigen als Gruppen, verstanden als Gegenteil ethnischer Schichtung, ist es aber notwendig, dass sich eine Mehrheit der Migranten oder Minderheitenangehörigen individuell assimiliert und auf diese Weise Zugang zu gesellschaftlich relevanten und wertgeschätzten Ressourcen erhält. Wenn diese Bedingung nicht erfüllt ist – entweder weil eine Mehrheit der Migranten oder Minderheitenangehörigen andere Formen der Integration wählt als die Assimilation oder weil ihnen der Zugang von der Aufnahmegesellschaft verwehrt wird –, bleibt es bei einer ethnischen Schichtung der Gesellschaft:

„Entgegen den immer etwas naiven Auffassungen von den Möglichkeiten eines bloß horizontalen Nebeneinanders der Gruppen in multiethnischen Gesellschaften und des Verzichts auf kulturelle Angleichungen, gibt es, wenn ethnische Schichtungen vermieden werden sollen, *keine* Alternative zur strukturellen Assimilation“ (Esser 2001: 66; Hervorhebungen im Original).

An verschiedenen Stellen macht Essers Wortwahl deutlich, dass er sich mit Bezug auf die vier Dimensionen der Sozialintegration, die er unterscheidet, teilweise an der Typologie und dem Stadienmodell der Assimilation von Milton M. Gordon aus dem Jahr 1964 orientiert, so zum Beispiel wenn er – wie im oben

stehenden Zitat – von struktureller Assimilation spricht. Das englischsprachige Pendant zu dieser Bezeichnung, nämlich „structural assimilation“, benutzt Gordon für das Phänomen des „[l]arge scale entrance into cliques, clubs, and institutions of host society, on primary group level“ (1964: 71), was am ehesten Essers Dimension der Platzierung entspricht, aber auch Essers Interaktionsdimension. Das, was bei Esser „Kulturation“ genannt wird, bezeichnet Gordon als „cultural or behavioral assimilation“ oder „acculturation“, und Identifikation heißt bei Gordon „identificational assimilation“. Gordon benennt einige weitere Typen oder Stadien der Assimilation, darunter „[a]ttitude receptional assimilation“ und „[b]ehavioral receptional assimilation“, was der „[a]bsence of prejudice“ und der „[a]bsence of discrimination“ entspricht (Gordon 1964: 71). Damit bezieht Gordon explizit Merkmale der Aufnahmegesellschaft in seine Assimilationstypologie mit ein, die bei Esser nur am Rand thematisiert werden, wofür Essers Integrationstheorie auch kritisiert wurde. So berichtet Aumüller (2009: 113):

„Essers Theorie ist (...) auch unter dem politischen Gesichtspunkt kritisiert worden, dass er den Schwerpunkt auf die Angleichung des individuellen Migranten an die Aufnahmegesellschaft legt. Damit werden Barrieren, die die Aufnahmegesellschaft den Immigranten entgegenstellt, allenfalls als Störfaktoren innerhalb des Modells, nicht aber aus einer menschenrechtlichen Perspektive thematisiert. Gleichermäßen als Störfaktoren gelten Esser Phänomene der ethnischen Segregation, die weder als gleichberechtigte Formen noch in ihrer potenziell integrationsstützenden Funktion anerkannt werden. Fragen der gesellschaftlichen Machtverteilung und der Unterschichtung werden damit gar nicht erst gestellt“.

Im folgenden Kapitel wird auf das Integrationsmodell von Friedrich Heckmann, das ansonsten viele Ähnlichkeiten mit der Theorie von Esser aufweist, eingegangen, weil es den beiden Aspekten des Integrationsprozesses, die bei Esser vernachlässigt werden, nämlich den Bedingungen, die Migranten und Minderheiten in der Mehrheitsgesellschaft vorfinden, und der ethnischen Segregation, breiteren Raum gewährt.

2.4 Das Integrationsmodell von Friedrich Heckmann

Wie bereits angedeutet ist Heckmanns Integrationsmodell demjenigen von Esser in vieler Hinsicht vergleichbar wie das folgende Zitat von Heckmann zeigt¹⁰:

„Integration of migrants into a receiving society should be understood as a special case of *social integration* for which the concepts of placement, culturation, interaction and identification can be applied. In other literature (...) we have suggested to conceptualize these as structural in-

10 Diese Ähnlichkeit ist sicherlich einer *gegenseitigen* Rezeption der Autoren geschuldet, vermutlich aber vor allem ihrer jeweiligen Rezeption der einschlägigen amerikanischen Literatur über Migration und Integration, insbesondere derjenigen von Gordon (1964).

tegration, cultural integration (or acculturation), interactive integration and identificational integration. They are basic dimensions of integration and have proven to be well apt for operationalization in empirical research and for the development of indicators“ (Heckmann 2006: 10; Hervorhebung im Original).

Auch in der Frage der Terminologie ist Heckmann mit Esser der Auffassung, dass „Assimilation“ eine angemessene Bezeichnung für den Prozess der Integration von Migranten oder Minderheiten in eine Gesellschaft („national society“; Heckmann 2006: 14) ist, er entschließt sich aber aus rein pragmatischen Erwägungen dazu, von „Integration“ statt von „Assimilation“ zu sprechen:

„Assimilation does not imply then (...) the suppression of ethnic cultures (...). We are ready to opt for that concept of 'assimilation', [but] still do (...) not recommend to use the term for simply pragmatic reasons. Experience tells clearly that most readers and audiences, particularly a wider public, do not share this modern sociological concept [of assimilation] at all, but have in mind the unidirectional, suppressive concept and react emotionally to any use of it. Simply for pragmatic and communicative reasons we pledge for 'integration'.“ (Heckmann 2006: 12-13).

Darüber hinaus definiert Heckmann Integration aber explizit als einen Prozess, der sich über Generationen hinweg erstreckt und außerdem ein wechselseitiger Interaktionsprozess zwischen Migranten oder Minderheitenangehörigen und den Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft – bei deutlich ungleichen Ausgangspositionen – ist:

„Integration as social integration can be defined as a generations lasting process of inclusion and acceptance of migrants in the core institutions, relations and statuses of the receiving society. For the migrants integration refers to a process of learning a new culture, an acquisition of rights, access to positions and statuses, a building of personal relations to members of the receiving society and a formation of feelings of belonging and identification towards the immigration society. Integration is an interactive process between migrants and the receiving society. The receiving society has to learn new ways of interacting with the newcomers and adapt its institutions to their needs. In this process, however, the receiving society has much more power and prestige“ (Heckmann 2006: 18; Kursivschreibung im Original).

Aufgrund dieser Perspektive auf den Integrationsprozess als einem langfristigen, wechselseitigen Prozess betrachtet Heckmann Aspekte der sozialen Integration als Lernprozesse aufseiten der Migranten oder Minderheitenangehörigen und Barrieren, die in der Mehrheitsgesellschaft diesen Prozess behindern, als gleichmaßen wichtige Bedingungen des Integrationsprozesses. Barrieren können nach Heckmann rechtliche Regelungen oder Verfahrensregeln sein, die den Zugang und die Teilhabe von Migranten oder Minderheitenangehörigen zu oder an Institutionen behindern. In diesem Kontext spricht Heckmann von institutioneller Diskriminierung. Eine andere Form von Barrieren stellen die Varianten persönlicher Diskriminierung dar, die Heckmann als unbegründete Ungleichbehandlung von Migranten oder Minderheitenangehörigen in Interaktionssituationen mit Angehörigen der Mehrheitsbevölkerung durch dieselben definiert. Weil Vorurteile gegenüber Migranten oder Minderheitenangehörigen zu deren Diskriminie-

rung führen können, wertet Heckmann auch sie als Barrieren im Integrationsprozess beziehungsweise gegen denselben (Heckmann 2006: 19). Allerdings hält Heckmann auch fest, dass die Existenz von individuellem diskriminierendem Verhalten, von Vorurteilen, Fremdenfeindlichkeit oder Nationalismus als solche keine Barrieren gegen den Integrationsprozess von Migranten oder Minderheitenangehörigen darstellen, sondern nur dann,

„(...) when these attitudes and behaviours under certain conditions of crisis are mobilized in a systematic way and turn into *nativist anti-immigrant movements* that could develop into a strong force on the national or regional political scenes. Nativist movements can, at least temporarily, severely hinder or even throw back integration processes“ (Heckmann 2006: 20; Hervorhebung im Original).

Schließlich benennt Heckmann als eine weitere Form von Barrieren die strukturelle Diskriminierung, die er als „lack of support by state and civil society“ für den Integrationsprozess definiert (Heckmann 2006: 19).

Damit ist Heckmann wohl der erste Autor, der in der deutschsprachigen Migrations- und Integrationsforschung die (sachbedingten oder moralischen) Verpflichtungen des Staates gegenüber Migranten oder Minderheitenangehörigen anspricht und sich hinsichtlich der Diskriminierung nicht auf eine personale Diskriminierung und die ihr zugrundeliegenden Vorurteile bei einzelnen Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft beschränkt, sondern auch die institutionelle und strukturelle Diskriminierung als eine in der Verantwortung von Institutionen liegende Diskriminierung im Blick hat.

Für die vorliegende Arbeit ist von besonderem Interesse, was Heckmann die räumliche Dimension von Integration nennt:

„Integration also has a relevant spatial dimension. Space as physical space and social construct relates to three of the above categories: In structural integration as housing, in interactive integration as an opportunity for interaction and social relations, and in identificational integration as a spatial reference system to which place one belongs or wants to belong. Research and discussion about the „ghetto“, the ethnic colony, segregation as spatial concentration of groups and as social segregation all have this spatial dimension“ (Heckmann 2006: 18).

Weil nach Heckmann eine „[s]trukturelle und stabile Wohnsegregation (...) Integration [behindert]“ gehört für ihn „der *gleichberechtigte Zugang* [von Migranten oder Minderheitenangehörigen] *zum Wohnungsmarkt* und zum öffentlich geförderten Wohnungsverorgungssystem“ zum „Bereich struktureller Integration“ (Heckmann 2005: 6; Hervorhebung im Original).

Dabei kennt und nennt Heckmann in einer anderen Schrift verschiedene positive Funktionen, die ethnische Segregation beziehungsweise ethnische Kolonien für Migranten oder Minderheitenangehörige haben: sie fungiert als „Neueinwandererhilfe“, als die Persönlichkeit stabilisierenden und Resilienz-Faktor (vgl. hierzu auch Nauck & Steinbach 2001: 103) sowie als ein Netzwerk, das

Selbsthilfe ermöglicht. Die Segregation ermöglicht ferner die kulturspezifische Sozialisation und damit die kulturelle Reproduktion der Migranten oder Minderheiten, stellt eine soziale Kontrolle bereit und befördert die Interessenartikulation und -vertretung (Heckmann 1992: 112-114).

Als dysfunktional bezeichnet Heckmann die ethnische Segregation in dieser Schrift insofern, als sie zu einer „ethnischen Selbstgenügsamkeit“ führen kann,

„(...) die ein für das Aufbrechen der ethnischen Schichtung und für soziale Mobilität notwendiges Aufnehmen außerethnischer Kontakte und das Eintreten in einen universalistischen Wettbewerb behindert. Das Vorhandensein ethnischer Strukturen entbindet von der Notwendigkeit, Kontakte außerhalb der eigenen Gruppe zu suchen, erschwert die Bildung der für Aktivitäten in der Mehrheitsgesellschaft notwendigen kommunikativen und attitudinalen Qualifikationen, behindert 'intermarriage', kurz verstärkt Faktoren, die das bestehende System ethnischer Schichtung reproduzieren“ (Heckmann 1992: 115).

In seinen späteren Schriften gewichtet Heckmann die Dysfunktionalität ethnischer Segregation gegenüber ihrer Funktionalität für die Migranten oder Minderheitenangehörigen offensichtlich höher und kommt dementsprechend zur oben zitierten Einschätzung, nach der eine „[s]trukturelle und stabile Wohnsegregation (...) Integration [behindert]“.

Diesbezüglich steht Heckmann wieder in Übereinstimmung mit Esser, der ebenfalls der Auffassung ist, dass „eine Binnenintegration „(...) „in die ethnische Gemeinde (...) meist die Sozialintegration in die Aufnahmegesellschaft [verhindert], gerade auch für die Folgegenerationen. Sie ist einer der wirksamsten Mechanismen zur Etablierung ethnischer Schichtungen“ (Esser 2001: 41), und zwar deshalb, weil die ethnische Gemeinde die Möglichkeit dafür schafft, eine berufliche Position und damit ein Auskommen innerhalb der Minderheit zu erreichen, und die Chance, dies zu schaffen, von vielen Migranten oder Minderheitenangehörigen als höher eingeschätzt wird als die Chance, einen sozialen Aufstieg im Schichtungssystem der Mehrheitsgesellschaft zu erreichen.

„Weil aber die ethnischen Gemeinden bzw. Kolonien im Vergleich zur dominanten Gesellschaft die wesentlich schlechteren Positionen auch an ihrer Spitze zu vergeben haben, findet sich der Migrant gerade nach einer 'erfolgreichen' Karriere in seiner ethnischen Gemeinde in einer Position wieder, die deutlich schlechter ist als die vergleichbare Position in der dominanten Gesellschaft – obwohl er durchaus einen sozialen 'Aufstieg' vollzogen hat“ (Esser 2001: 41).

Esser verweist darauf, dass diese Argumentation ursprünglich von Norbert F. Wiley (1967) stammt, der sie unter dem Stichwort „ethnic mobility trap“ zusammengefasst hat. Inwieweit diese Denkfigur allerdings den empirischen Tatsachen entspricht, ist eine andere, bislang – zumindest für Migranten und Minderheiten in Deutschland – weitgehend ungeklärte Frage.

2.5 Multikulturalismus: ein (nur) theoretisch offenes Modell der Integration

Keine Darstellung der theoretischen Ansätze in der Migrations- und Integrationsforschung wäre vollständig, wenn

nicht das Konzept des Multikulturalismus berücksichtigt würde, denn dieses hat während der letzten Jahrzehnte sowohl die wissenschaftliche als auch die gesellschaftspolitische Debatte um Integration erheblich beeinflusst. Mit dem Multikulturalismus wurde seit den 1970er-Jahren ein Konzept entworfen, das einen Gegenentwurf zu Assimilationskonzepten darstellen sollte, wobei Assimilation als einseitige Anpassung von Minderheiten an die Mehrheit oder als Verschmelzung verschiedener ethnischer Identitäten zu einer mehr oder weniger einheitlichen Identität aufgefasst wurde (Rauer 2008: 61). Dem Multikulturalismus zugrunde liegt eine Perspektive, die als „differentialist turn“ (Brubaker 2001: 531) bezeichnet wurde und die dem bis dahin in Gesellschaftspolitik und Sozialwissenschaften dominierenden Universalismus und Gleichbehandlungsgebot eine Absage erteilte und stattdessen die Normalität und Wertigkeit des Partikularen, die kulturelle Vielfalt und ein Recht auf Differenz betonte:

„Unterschiedliche Identitäten sollten nicht geschliffen werden, sondern im Zuge der Anerkennung der jeweiligen Differenz in einen politischen Austausch treten (...) Die Argumentation des Multikulturalismus richtete sich auch gegen einen universalistischen Gerechtigkeitsbegriff, der davon ausgeht, dass öffentliche Institutionen automatisch egalitär handeln, wenn sie neutral gegenüber Sprache, Identität, religiösen Feiertagen etc. sind (...) Die rationale bürokratische Herrschaft 'ohne Ansicht der Person' (Max Weber) übersieht, so das Argument, die fehlende Anerkennung von Identitäten unterhalb des Nationalstaates“ (Rauer 2008: 61).

Politisch hat der Multikulturalismus mit seiner Forderung nach Anerkennung aller ethnischen und kulturellen Identitäten eine Vielzahl von Sonderrechten für ethnische oder kulturelle Minderheiten sowie die Einrichtung von Antidiskriminierungsstellen und anderen Institutionen produziert, die darüber wachen sollen, dass das Recht auf Differenz und die Verfolgung partikularer Interessen sowie das Recht auf Ausdruck der kulturellen Identität gewahrt wird. Dies bildet allerdings keinen „reinen Multikulturalismus“ ab, der zum Beispiel implizieren würde, dass Praktiken wie Zwangs- und Kinderheiraten, Kinderarbeit oder Ehrenmorde als kulturelle Eigenarten akzeptiert werden müssten, die von bestimmten Minderheiten gepflegt werden (Bielefeldt 2007: 69; Wilk 2011: 110). Ein reiner Multikulturalismus wäre ein konsequenter Relativismus (Tibi 2002: 212-213), der alle kulturellen Praktiken gleichermaßen akzeptieren müsste und der letztlich „nur zur tatsächlichen Segregation der Zuwanderer im Verhältnis zu den Einheimischen führen [kann]“ (Wilk 2011: 110), obwohl es im Multikulturalismus theoretisch den jeweiligen Minderheiten überlassen bliebe, ob sie sich an die Mehrheitsgesellschaft oder ganz oder teilweise an andere Minderheiten assimii-

lieren oder separieren wollen, und er insofern ein offenes Modell des Kulturkontaktes darstellt.

In diesem Zusammenhang ist ein anderer Einwand, der gegen den Multikulturalismus vorgebracht wurde, wichtig, nämlich der, dass der Multikulturalismus die Rechte ethnischer oder kultureller Gruppen auf Kosten von Individualrechten stärkt, was zu einer Ethnisierung von Migranten oder Minderheitenangehörigen führt, die nicht mehr (oder ebenso wenig wie vor der „Erfindung“ des Multikulturalismus) als Individuen mit jeweils individuellen Eigenschaften und Wünschen in den Blick kommen, sondern nur noch – oder hauptsächlich – als Angehörige einer bestimmten ethnischen oder kulturellen Gruppe beziehungsweise Träger bestimmter kultureller Werte oder kulturbedingter Eigenschaften, die vermeintlich alle Gruppenangehörigen auszeichnen. Kultur wird im Multikulturalismus nämlich zwar „unterhalb des Nationalstaates“ verortet, aber eben doch als mehr oder weniger homogene Kultur einer bestimmten ethnischen Gruppe oder Nationalität von Einwanderern aufgefasst (Rauer 2008: 62); sie sei einerseits klar gegen die Kulturen anderer Gruppen abgrenzbar und andererseits gleichermaßen ein Merkmal derer, die der Gruppe zugeschlagen werden, was der Realität keineswegs entsprechen muss, wie sofort deutlich wird, wenn man sich vergegenwärtigt, dass man sich als autochthoner Deutscher nicht unbedingt mit dem Christentum identifizieren muss und daher keine christlichen Feiertage begeht oder wenig davon weiß, was in der Bibel steht. Dementsprechend hat Radtke (2009: 46) am Multikulturalismus kritisiert, dass er multiplen Identitäten oder Hybridkulturen keinen Raum lasse.

Wenn sich Individuen einer bestimmten ethnischen oder kulturellen Gruppe zugerechnet sehen, kann dies ihre Handlungsoptionen erheblich einschränken und dazu führen, dass sie Entscheidungen treffen (müssen), die sie in die von Esser im Anschluss an Wiley beschriebene „ethnic mobility trap“ führen (s. Kapitel 2.4), auch wenn sie das nicht unbedingt selbst wünschen. Die Arbeitsmarkt- und Lebenschancen von Individuen können auf diese Weise durch den Multikulturalismus beziehungsweise seine Anerkennung von Gruppen und Gruppenkulturen eingeschränkt werden, wie Yildiz (2008: 45) bemerkt hat.

Seit etwa der Mitte der 1990er-Jahre spielt der Multikulturalismus als Modell des Kulturkontaktes oder der Integration ethnischer Minderheiten aufgrund der vielfältigen Kritik, die man an ihm äußern kann, in den Sozialwissenschaften nur noch eine untergeordnete Rolle oder wird fast nur noch als aufgeklärter Multikulturalismus im Sinne von Heiner Bielefeldt vertreten, der auf die Idee einer Leitkultur verzichtet, aber statt der Rechte kultureller Gruppen Menschenrechte und das individuelle Recht auf Selbstbestimmung betont, was bestimmte Praktiken wie etwa Zwangsheiraten als inakzeptabel ausschließt (Bielefeldt 2007: 20). In seinem aufgeklärten Multikulturalismus wird Assimilation als die Entschei-

dung eines Individuums für eine bestimmte – seine persönliche – Lebensgestaltung anerkannt; gleichberechtigt können aber auch andere Entscheidungen getroffen werden, wie zum Beispiel diejenige, sich an den kulturellen Traditionen der Eltern zu orientieren oder sich von ihnen abzuwenden, ohne sich dabei an die Mehrheitsgesellschaft zu assimilieren (Bielefeldt 2007: 70). Dementsprechend wären Entscheidungen, die Individuen in Bezug auf ihren Wohnort treffen, ebenfalls grundsätzlich zu respektieren, unabhängig davon, ob sie wählen, sich ethnisch zu segregieren, oder sich bewusst dafür entscheiden, möglichst nur mit autochthonen Deutschen zusammenleben zu wollen. Damit reduziert sich diese Version von Multikulturalismus weitgehend auf die Forderung nach Achtung der persönlichen Lebensentscheidungen, was problemlos mit den Integrationsmodellen von Esser und Heckmann vereinbar ist, die ja beide keinerlei Zwang in Richtung einer einseitigen kulturellen Angleichung jedes einzelnen Migranten oder Minderheitenangehörigen an die Mehrheitsbevölkerung ausüben wollen, sondern lediglich darüber spekulieren, was den Lebenschancen der Migranten oder Minderheitenangehörigen bei gegebenen gesellschaftlichen Randbedingungen objektiv gesehen eher zuträglich ist und was weniger.

Habitustransformation durch Bildung
Soziale und räumliche Mobilität im Lebensverlauf
türkischer Bildungsaufsteiger

Kamis, A.

2017, VIII, 202 S. 1 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-16029-6